

GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2005 — 87

[C — 2004/33098]

4. NOVEMBER 2004 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Abänderung des Erlasses der Exekutive vom 19. Dezember 1988 bezüglich der Prüfungen und der Bewertung in der Grundausbildung des Mittelstandes

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekretes vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, abgeändert durch die Dekrete vom 20. Mai 1997, 29. Juni 1998, 14. Februar 2000 (I), 14. Februar 2000 (II), 23. Oktober 2000, 25. Juni 2001, 7. Januar 2002 und 17. Mai 2004;

Aufgrund des Erlasses der Exekutive vom 19. Dezember 1988 bezüglich der Prüfungen und der Bewertung in der Grundausbildung des Mittelstandes, abgeändert durch die Erlasse vom 10. Juli 1991, 27. November 1992, 26. März 1993, 28. April 1995, 30. November 1998, 31. August 2000, 19. November 2001 und 15. Mai 2003;

Aufgrund des am 15. Oktober 2004 abgegebenen Gutachtens des Finanzinspektors;

Aufgrund der am 28. Oktober 2004 erteilten Einwilligung des Ministers des Haushaltes;

Aufgrund des Antrags des Instituts für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen vom 26. März 2004;

Aufgrund der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, insbesondere des Artikels 3, § 1, ersetzt durch das Gesetz vom 4. Juli 1989 und abgeändert durch das Gesetz vom 4. August 1996;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der Tatsache, dass das Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen sowie die Zentren für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand aus pädagogischen und organisatorischen Gründen ohne weitere Verzögerung über die zu Beginn des Ausbildungsjahres 2004-2005 abgeänderten Bewertungs- und Prüfungsbedingungen im Stadium der Lehre informiert werden müssen;

In Erwägung der Tatsache, dass sowohl für die Auszubildenden und deren Erziehungsberichteten als auch für die Direktion und die Lehrkräfte der Zentren für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand in Erwägung des Vorgenannten umgehend die notwendige Rechtssicherheit im Prüfungs- und Bewertungsverfahren im Stadium der Lehre geschaffen werden muss;

Auf Vorschlag des Ministers zuständig für die mittelständische Aus- und Weiterbildung;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - In Artikel 1 des Erlasses vom 19. Dezember 1988 bezüglich der Prüfungen und der Bewertung in der Grundausbildung des Mittelstandes, in der Folge als «Erlass» bezeichnet, wird Punkt 1. durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„1. die unter Lehrvertrag stehenden Lehrlinge oder an diejenigen, die aufgrund eines Lehrabkommens ausgebildet werden, das vom Institut für Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen, in der Folge als „Institut“ bezeichnet, genehmigt wurde. Die Bewertung erfolgt während des Jahres, in dem der Lehrvertrag oder das Lehrabkommen ausläuft;».

Art. 2 - In Artikel 2 § 1 des Erlasses wird der erste Satz durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«Die Bewertung fußt auf einem Programm, das vom Minister, der für die Aus- und Weiterbildung des Mittelstandes zuständig ist, in der Folge «Minister» genannt, genehmigt wird.».

Art. 3 - In Artikel 2 des Erlasses wird ein § 4 mit folgendem Wortlaut eingefügt:

«§ 4. Das Institut legt zwei Hauptfächer in den Fachkenntnissen für jeden Ausbildungsberuf fest.».

Art. 4 - Artikel 3 § 1 des Erlasses wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„§ 1. Für die Prüfungen A, B und I werden zwei Sitzungen veranstaltet. Die erste Sitzung findet pro Fach während der letzten oder während den zwei letzten Unterrichtsstunden statt und muss im Zeit- und Stundenplan vorgesehen werden. Die zweite Sitzung findet bis spätestens 30. Juni statt. Die Dauer der zweiten Sitzung darf zwei Unterrichtsstunden nicht überschreiten. Zwischen beiden Sitzungen müssen mindestens zwei Wochen Zeit liegen.».

Art. 5 - In Artikel 4 § 1 des Erlasses wird der erste Absatz durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«- die Teilnehmer, die die Kurse des letzten Jahres regelmäßig besuchen und insgesamt nicht mehr als ein Drittel unbegründeter Abwesenheiten auf sich vereinigen;».

Art. 6 - In Artikel 10 § 1 des Erlasses werden nach Absatz 2. die Absätze 3. und 4. mit folgendem Wortlaut hinzugefügt:

„3. in den Fächern Deutsch und Mathematik jeweils mindestens die Hälfte der Punkte erhalten;

4. in den beiden vom Institut festgelegten Hauptfächern der Fachkenntnisse jeweils mindestens die Hälfte der Punkte erhalten.».

Art. 7 - Artikel 21, Absatz 4 des Erlasses wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Er muss spätestens am 5. Juli zu Ende des ersten und des zweiten Jahres zusammentreten, um darüber zu befinden, ob die Lehrlinge, die die in Artikel 23 vorgesehene Bewertung nicht bestanden haben, dennoch ohne Absolvieren einer zweiten Prüfungssitzung oder Erstellen einer Ferienarbeit die Fähigkeit besitzen, um in die höhere Klasse versetzt werden zu können.

Er muss spätestens am 5. September des entsprechenden Jahres zusammentreten, um darüber zu befinden, ob die Lehrlinge, die auch nach der in Artikel 23 vorgesehenen zweiten Prüfungssitzung oder Ferienarbeit die Bewertung nicht bestanden haben, dennoch die Fähigkeit besitzen, in die höhere Klasse versetzt werden zu können.“.

Art. 8 - Artikel 23 des Erlasses wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„§ 1. Die Bewertung fußt auf dem vom Minister genehmigten Lehrprogramm.

Sie bezieht sich auf die Allgemeinkenntnisse und theoretischen Fachkenntnisse zu je 50 % der Gesamtpunktezahl.

Sie bezieht sich auf die integrierten Kenntnisse für die Berufe, für die ein integriertes Ausbildungsprogramm genehmigt wurde.

§ 2. Die Bewertung umfasst zwei Teile zu je 50 % der Gesamtpunktezahl: eine tägliche Bewertung und eine schriftliche Prüfung, die im Zeit- und Stundenplan vorgesehen sein muss.

§ 3. Um die Bewertung zu bestehen, muss der Kandidat:

1. in den Allgemeinkenntnissen und in den theoretischen Fachkenntnissen oder in den integrierten Kenntnissen mindestens die Hälfte der Punkte erhalten;

2. in den Fächern Deutsch und Mathematik jeweils mindestens die Hälfte der Punkte erhalten;

3. in den beiden vom Institut festgelegten Hauptfächern in den Fachkenntnissen jeweils mindestens die Hälfte der Punkte erhalten;

4. mit Ausnahme von höchstens zwei Fächern in allen anderen im Lehrprogramm vorgesehenen Fächern mindestens die Hälfte der Punkte erhalten.

§ 4. Auf begründetes Gutachten des Instituts hin kann der Minister in gewissen Berufen die Mindestanforderungen in bestimmten Fächern abändern oder eine Mindestpunktezahl festsetzen.

§ 5. Für die Prüfungen in den Fächern Deutsch, Mathematik und in den beiden vom Institut festgelegten Hauptfächern der Fachkenntnisse wird eine zweite Sitzung vorgesehen. Die zweite Sitzung findet spätestens am 30. August statt. Zwischen der ersten und der zweiten Prüfungssitzung müssen mindestens zwei Wochen Zeit liegen.

§ 6. Die Kandidaten, die die Prüfung nicht bestanden haben, können sich in den Fächern Deutsch und/ oder Mathematik und/ oder in den beiden vom Institut festgelegten Hauptfächern der Fachkenntnisse, in denen sie die erforderliche Mindestpunktezahl nicht erreicht haben, zu den Prüfungen A, B, oder I der zweiten Sitzung einschreiben.

Die Kandidaten, die aufgrund einer unzureichenden täglichen Bewertung den Mindestanforderungen in den Fächern Deutsch und/ oder Mathematik und/ oder in den vom Institut festgelegten Hauptfächern der Fachkenntnisse nicht genügen, können bis 30. August eine Ferienarbeit einreichen.

Die Kandidaten, die in mehr als zwei anderen Fächern als Deutsch, Mathematik und den beiden vom Institut festgelegten Hauptfächern der Fachkenntnisse die erforderliche Mindestpunktezahl nicht erreicht haben, können bis 30. August in diesen Fächern eine Ferienarbeit einreichen.

Der Klassenrat legt die Inhalte für die Prüfungen der zweiten Sitzung und für die Ferienarbeiten fest.

§ 7. Um den Auswirkungen der in Artikel 6 des obenerwähnten Erlasses der Exekutive vom 23. Dezember 1987 erwähnten pädagogischen Neuerungen Genüge zu tun, kann der Minister auf Gutachten des Instituts von den in § 1bis § 6 erwähnten Bestimmungen abweichen.“.

Art. 9 - Artikel 24 § 1 des Erlasses wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«1. Die Lehrer bereiten die Prüfungen und Ferienarbeiten für den Teil des Lehrprogramms vor, für den sie verantwortlich sind. Diese Vorbereitung kann innerhalb des Lehrerkollegiums oder in Zusammenarbeit mit anderen Fachkräften erfolgen.

Der Organisator von Kursen hält dem Institut die Fragebogen mindestens 15 Tage vor Beginn der Prüfung zur Verfügung.“.

Art. 10 - Artikel 27 Absatz A. Punkt 3. des Erlasses wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«3. Falls eine Wiederholung der Klasse vorgeschlagen wird, fordert der Lehrlingssekretär die Vertragsparteien dazu auf, ihm spätestens für den 15. September ihr Einverständnis für eine Verlängerung des Lehrvertrages mitzuteilen; er weist den Lehrling oder seine gesetzlichen Vertreter darauf hin, dass die Ablehnung einer Verlängerung oder das Ausbleiben einer Antwort den Entzug der Genehmigung des Lehrvertrages sowie den Ausschluss von der Berechtigung zum Abschluss zukünftiger Verträge zur Folge haben kann.».

Art. 11 - Artikel 27 Absatz B. Punkt 2 des Erlasses wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«2. Jeder Organisator von Kursen teilt spätestens für den 5. September die Resultate der Bewertung während der Lehre dem Institut mit.“.

Art. 12 - Artikel 27 Absatz B. Punkt 4. des Erlasses erster Absatz wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«4. Wenn die Lehrlinge bei einem der Organisatoren von Kursen bestanden haben und der Klassenrat des anderen Organisators von Kursen sie nicht in die höhere Klasse versetzt hat, oder wenn die Lehrlinge bei beiden Organisatoren von Kursen nicht bestanden haben und die Entscheidungen und Vorschläge der beiden Klassenräte verschieden sind, untersucht eine engere Kommission, die den Direktor des Instituts und den Lehrlingssekretär oder deren Bevollmächtigte, sowie einen pädagogischen Berater des Instituts aufweist, die Aktenstücke. Sie schlägt die Wiederholung der Klasse oder den Entzug der Genehmigung der Lehrverträge, gegebenenfalls verbunden mit dem Ausschluss von der Berechtigung zum Abschluss zukünftiger Lehrverträge, vor; der Entzug kann eventuell auf den Beruf begrenzt werden, der Gegenstand des Vertrages ist. Die Kommission kann jede Maßnahme anregen, die dem Lehrling in seiner Ausbildung weiterhelfen kann. Sie tagt spätestens am 10. September.“.

Art. 13 - Artikel 27 Absatz B. Punkt 5. des Erlasses wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

«5. Falls eine Wiederholung der Klasse vorgeschlagen wird, fordert der Lehrlingssekretär die Vertragsparteien dazu auf, ihm spätestens für den 15. September ihr Einverständnis für eine Verlängerung des Lehrvertrages mitzuteilen; er weist den Lehrling oder seine gesetzlichen Vertreter darauf hin, dass die Ablehnung einer Verlängerung oder das Ausbleiben einer Antwort den Entzug der Genehmigung des Lehrvertrages sowie den Ausschluss von der Berechtigung zum Abschluss zukünftiger Verträge zur Folge haben kann.».

Art. 14 - Vorliegender Erlass tritt am 1. September 2004 in Kraft.

Art. 15 - Der Minister zuständig für die mittelständische Aus- und Weiterbildung ist mit der Ausführung dieses Erlasses beauftragt.

Eupen, den 4. November 2004.

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden

K.- H. Lambertz

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus

B. Gentges

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

F. 2005 — 87

[C — 2004/33098]

4 NOVEMBRE 2004. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone portant modification de l'arrêté de l'exécutif du 19 décembre 1988 relatif aux examens et à l'évaluation de la formation de base dans les classes moyennes

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et à la formation continue dans les Classes moyennes et les P.M.E., modifié par les décrets des 20 mai 1997, 29 juin 1998, 14 février 2000 (I), 14 février 2000 (II), 23 octobre 2000, 25 juin 2001, 7 janvier 2002 et 17 mai 2004;

Vu l'arrêté de l'Exécutif du 19 décembre 1988 relatif aux examens et à l'évaluation de la formation de base dans les Classes moyennes, modifié par les arrêtés des 10 juillet 1991, 27 novembre 1992, 26 mars 1993, 28 avril 1995, 30 novembre 1998, 31 août 2000, 19 novembre 2001 et 15 mai 2003;

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances donné le 15 octobre 2004;

Vu l'accord du Ministre du Budget donné le 28 octobre 2004;

Vu la demande formulée le 26 mars 2004 par l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les P.M.E.;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1^{er}, remplacé par la loi du 4 juillet 1989 et modifié par la loi du 4 août 1996;

Vu l'urgence;

Considérant que l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les P.M.E. ainsi que les centres de formation et de formation continue dans les Classes moyennes, pour des raisons d'ordre pédagogique et organisationnel, doivent sans délai être informés des conditions en matière d'évaluation et d'examen au stade de l'apprentissage modifiées en début d'année de formation 2004-2005;

Considérant qu'au vu de ce qui précède, la sécurité juridique nécessaire en matière de procédure d'examen et d'évaluation au stade de l'apprentissage doit immédiatement être garantie tant pour les apprentis et les personnes chargées de leur éducation que pour la direction et les enseignants des centres de formation et de formation continue dans les Classes moyennes;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière de formation et de formation continue dans les Classes moyennes;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. À l'article 1^{er} de l'arrêté de l'Exécutif du 19 décembre 1988 relatif aux examens et à l'évaluation de la formation de base dans les Classes moyennes, ci-après dénommé « l'arrêté », le point 1° est remplacé par le libellé suivant :

« 1° aux apprentis engagés dans les liens d'un contrat d'apprentissage ou formés en vertu d'un engagement d'apprentissage contrôlé agréé par l'Institut pour la formation et la formation continue dans les Classes moyennes et les P.M.E., ci-après dénommé l'Institut. L'évaluation a lieu pendant l'année au cours de laquelle prend fin le contrat d'apprentissage ou l'engagement d'apprentissage contrôlé;

Art. 2. À l'article 2, § 1^{er}, de l'arrêté, la première phrase est remplacée par le libellé suivant :

« L'évaluation se fonde sur un programme agréé par le Ministre compétent en matière de formation et de formation continue dans les Classes moyennes, ci-après dénommé « le Ministre ». »

Art. 3. Dans l'article 2 de l'arrêté, il est inséré un § 4 libellé comme suit :

« § 4. Pour chacune des professions, l'Institut détermine 2 branches principales en ce qui concerne les connaissances professionnelles. »

Art. 4. L'article 3, § 1^{er}, de l'arrêté est remplacé par le libellé suivant :

« § 1. Deux sessions sont organisées pour les examens A, B et I. La première session a lieu par matière pendant la dernière ou les deux dernières heures de cours et doit être inscrite au calendrier-horaire. La deuxième session doit avoir lieu au plus tard le 30 juin. La durée de la deuxième session ne peut dépasser deux heures de cours. Deux semaines au moins doivent séparer les deux sessions. »

Art. 5. À l'article 4, § 1^{er}, de l'arrêté, le premier alinéa est remplacé par le libellé suivant :

« les auditeurs qui suivent régulièrement la dernière année de cours et n'ont pas au total plus d'un tiers d'absences injustifiées; »

Art. 6. À l'article 10, § 1^{er}, de l'arrêté, les points 3° et 4° libellés comme suit sont ajoutés après le point 2° :

« 3° dans les branches « allemand » et « mathématiques », au moins la moitié des points;

4° dans les deux branches principales des connaissances professionnelles, déterminées par l'Institut, au moins la moitié des points. »

Art. 7. L'article 21, alinéa 4, de l'arrêté est remplacé par le libellé suivant :

« Il doit se réunir en fin de première et de deuxième année, au plus tard le 5 juillet, afin de déterminer si les apprentis qui n'ont pas satisfait à l'évaluation prévue à l'article 23 ont la capacité d'accéder à la classe supérieure sans devoir présenter une deuxième session ou effectuer des devoirs de vacances.

Il doit se réunir au plus tard le 5 septembre de l'année concernée afin de déterminer si les apprentis qui n'ont pas satisfait à l'évaluation prévue à l'article 23, même après avoir présenté une deuxième session ou effectué des devoirs de vacances, ont la capacité d'accéder à la classe supérieure. »

Art. 8. L'article 23 de l'arrêté est remplacé par le libellé suivant :

« § 1. L'évaluation se fonde sur le programme de formation agréé par le Ministre.

Elle porte sur les connaissances générales et les connaissances professionnelles théoriques, à raison chacune de 50 p.c. du total des points.

Elle porte sur les connaissances intégrées pour les professions pour lesquelles a été agréé un programme intégré de formation.

§ 2. L'évaluation comprend deux volets auxquels sont respectivement attribués 50 p.c. du total des points : une évaluation journalière et un examen écrit qui doit être prévu au calendrier-horaire.

§ 3. Pour satisfaire à l'évaluation, le candidat doit obtenir au moins la moitié des points

1° en connaissances générales et en connaissances professionnelles théoriques, ou en connaissances intégrées;

2° dans les branches « allemand » et « mathématiques »;

3° en connaissances professionnelles dans les deux branches principales déterminées par l'Institut;

4° dans toutes les autres branches prévues au programme sauf deux au maximum.

§ 4. Dans certaines professions et sur avis motivé de l'Institut, le Ministre peut modifier ces exigences minimales dans certaines branches ou fixer un nombre minimal de points.

§ 5. Une deuxième session est prévue pour les examens des branches « allemand » et « mathématiques » ainsi que dans les deux branches principales des connaissances professionnelles déterminées par l'Institut. La deuxième session a lieu le 30 août au plus tard. Deux semaines au moins doivent séparer les deux sessions.

§ 6. Les candidats qui n'ont pas réussi l'examen peuvent s'inscrire aux examens A, B ou I de la deuxième session pour les branches « allemand » et/ou « mathématiques » et/ou « connaissances professionnelles » dans les deux branches principales déterminées par l'Institut où ils n'ont pas obtenu le nombre minimal de points requis.

Les candidats qui en raison d'une évaluation journalière insuffisante n'ont pas satisfait aux exigences minimales dans les branches « allemand » et/ou « mathématiques » et/ou « connaissances professionnelles » dans les deux branches principales déterminées par l'Institut peuvent présenter un devoir de vacances pour le 30 août.

Les candidats qui n'ont pas obtenu le nombre minimal de points requis dans plus de deux autres branches que « allemand » et/ou « mathématiques » et/ou « connaissances professionnelles » dans les deux branches principales déterminées par l'Institut peuvent présenter un devoir de vacances dans ces branches pour le 30 août.

Le conseil de classe détermine le contenu des examens de la deuxième session et des devoirs de vacances.

§ 7. Pour répondre aux implications des innovations pédagogiques prévues à l'article 6 de l'arrêté de l'Exécutif du 23 décembre 1987 précité le Ministre peut, sur avis de l'Institut, déroger aux dispositions des §§ 1 à 6. »

Art. 9. L'article 24, § 1^{er}, de l'arrêté est remplacé par le libellé suivant :

« § 1. Les professeurs préparent les examens et les devoirs de vacances pour la partie du programme dont il sont responsables. Cette préparation peut être faite en collège ou en collaboration avec d'autres personnes compétentes.

L'organisateur de cours tient les questionnaires à la disposition de l'Institut quinze jours au moins avant le déroulement des examens. »

Art. 10. L'article 27, alinéa A, point 3°, de l'arrêté est remplacé par le libellé suivant :

« 3° dans le cas où un redoublement de classe est proposé, le secrétaire d'apprentissage invite les parties contractantes à lui faire parvenir pour le 15 septembre au plus tard leur accord pour la prolongation du contrat d'apprentissage; il attire l'attention de l'apprenti ou de ses représentants légaux sur le fait que le refus de prolongation ou l'absence de réponse peut entraîner le retrait d'agrément du contrat ainsi que l'exclusion du droit de conclure des contrats ultérieurs. »

Art. 11. L'article 27, alinéa B, point 2°, de l'arrêté est remplacé par le libellé suivant :

« 2° chaque organisateur de cours transmet à l'Institut, pour le 5 septembre au plus tard, les résultats de l'évaluation en cours d'apprentissage; »

Art. 12. L'article 27, alinéa B, point 4°, de l'arrêté est remplacé par le libellé suivant :

« 4° lorsque les apprentis ont réussi auprès de l'un des organisateurs de cours et que le conseil des professeurs de l'autre organisateur de cours ne les admet pas dans la classe supérieure ou lorsque, les apprentis ayant échoué auprès des deux organisateurs de cours, les décisions et propositions des deux conseils de professeurs sont différentes, une commission restreinte, comprenant le directeur de l'Institut et le secrétaire d'apprentissage, ou leur mandataire, ainsi qu'un conseiller pédagogique de l'Institut, examine les dossiers. Elle propose le redoublement de classe ou le retrait d'agrément du contrat d'apprentissage assorti le cas échéant de l'exclusion du droit de conclure des contrats ultérieurs; »

le retrait peut éventuellement être limité à la profession faisant l'objet du contrat. La commission peut suggérer toute mesure susceptible de permettre à l'apprenti de progresser dans sa formation. Elle se tient au plus tard le 10 septembre. »

Art. 13. L'article 27, alinéa B, point 5°, de l'arrêté est remplacé par le libellé suivant :

« 5° dans le cas où un redoublement de classe est proposé, le secrétaire d'apprentissage invite les parties contractantes à lui faire parvenir pour le 15 septembre au plus tard leur accord pour la prolongation du contrat d'apprentissage; il attire l'attention de l'apprenti ou de ses représentants légaux sur le fait que le refus de prolongation ou l'absence de réponse peut entraîner le retrait d'agrément du contrat ainsi que l'exclusion du droit de conclure des contrats ultérieurs. »

Art. 14. Le présent arrêté produit ses effets le 1^{er} septembre 2004.

Art. 15. Le Ministre compétent en matière de formation et de formation continue dans les Classes moyennes est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 4 novembre 2004.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux
K.-H. LAMBERTZ
Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme
B. GENTGES

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2005 — 87

[C — 2004/33098]

4 NOVEMBER 2004. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap tot wijziging van het besluit van de executieve van 19 december 1988 betreffende de examens en de evaluatie van de basisopleiding in de middenstand

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 16 december 1991 betreffende de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de K.M.O.'s, gewijzigd bij de decreten van 20 mei 1997, 29 juni 1998, 14 februari 2000 (I), 14 februari 2000 (II), 23 oktober 2000, 25 juni 2001, 7 januari 2002 en 17 mei 2004;

Gelet op het besluit van de Executieve van 19 december 1988 betreffende de examens en de evaluatie van de basisopleiding in de Middenstand, gewijzigd bij de besluiten van 10 juli 1991, 27 november 1992, 26 maart 1993, 28 april 1995, 30 november 1998, 31 augustus 2000, 19 november 2001 en 15 mei 2003;

Gelet op het advies van de Inspecteur van Financiën, gegeven op 15 oktober 2004;

Gelet op het akkoord van de Minister van Begroting, gegeven op 28 oktober 2004;

Gelet op het verzoek van het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de K.M.O.'s d.d. 26 maart 2004;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, vervangen bij de wet van 4 juli 1989 en gewijzigd bij de wet van 4 augustus 1996;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de K.M.O.'s alsmede de centra voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand, om pedagogische en organisatorische redenen, onverwijd moet worden verwittigd van de bij het begin van het opleidingsjaar 2004-2005 gewijzigde evaluatie- en examensvoorraarden in het stadium van de leertijd;

Overwegende dat, rekening houdend met hetgeen voorafgaat, de rechtszekerheid inzake examens- en evaluatieprocedure onverwijd moet worden geschaft zowel voor de leerlingen en de personen belast met hun opvoeding als voor de directie en de leerkrachten van de centra voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand;

Op de voordracht van de Minister bevoegd inzake opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. In artikel 1 van het besluit van de Executieve van 19 december 1988 betreffende de examens en de evaluatie van de basisopleiding in de Middenstand, hierna « het besluit » genoemd, wordt punt 1° door de volgende tekst vervangen :

« 1° de leerlingen die verbonden zijn door een leerovereenkomst of die opgeleid worden krachtens een gecontroleerde leerverbintenis erkend door het Instituut voor de opleiding en de voortgezette opleiding in de Middenstand en de K.M.O.'s, hierna « het Instituut » genoemd. De evaluatie geschiedt gedurende het jaar tijdens hetwelk de leerovereenkomst of de gecontroleerde leerverbintenis eindigt; »

Art. 2. In artikel 2, § 1, van het besluit wordt de eerste zin door de volgende tekst vervangen :

« De evaluatie berust op een programma dat door de Minister bevoegd inzake opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand, hierna « de Minister » genoemd, wordt erkend. »

Art. 3. In artikel 2 van het besluit wordt een § 4 ingevoegd, luidend als volgt :

« § 4. Voor elk beroep bepaalt het Instituut twee hoofdvakken in de beroepskennis. »

Art. 4. Artikel 3, § 1, van het besluit wordt vervangen door de volgende tekst :

« Voor de examens A, B en I worden twee zittijden georganiseerd. De eerste zittijd vindt per vak tijdens de laatste of de twee laatste lesuren plaats en moet in de uurrooster-kalender ingeschreven zijn. De tweede zittijd vindt ten laatste op 30 juni plaats. De duur van de tweede zittijd mag twee lesuren niet overschrijden. Er moeten tussen beide zittijden ten minste twee weken zijn. »

Art. 5. In artikel 4, § 1, van het besluit wordt het eerste lid door de volgende tekst vervangen :

« — de cursisten die het laatste cursusjaar regelmatig volgen en in totaal niet meer dan één derde ongerekteerde afwezigheden tellen; »

Art. 6. In artikel 10, § 1, van het besluit worden na punt 2° de punten 3° en 4° ingevoegd, luidend als volgt :

« 3° in de vakken « Duits » en « wiskunde », de helft van de punten behalen;

4° in de beide door het Instituut bepaalde hoofdvakken in de beroepskennis, de helft van de punten behalen. »

Art. 7. Artikel 21, lid 4, van het besluit wordt vervangen door de volgende tekst :

« Hij moet op het einde van het eerste en het tweede jaar, uiterlijk op 5 juli, vergaderen om te beslissen of de leerlingen die niet bij de in artikel 23 bedoelde evaluatie hebben voldaan bekwaam zijn om tot de hogere klas over te gaan zonder een tweede zittijd af te leggen of een vakantiewerk op te stellen.

Hij moet uiterlijk op 5 september van het betrokken jaar vergaderen om te beslissen of de leerlingen die alhoewel ze na de tweede zittijd of het vakantiewerk bedoeld in artikel 23 bij de evaluatie nog niet hebben voldaan, bekwaam zijn om tot de hogere klas over te gaan. »

Art. 8. Artikel 23 van het besluit wordt vervangen door de volgende tekst :

« § 1. De evaluatie berust op het opleidingsprogramma dat door de Minister wordt erkend.

Ze heeft betrekking tot de algemene kennis en de theoretische beroepskennis, naar verhouding van 50 pct. van het totaal van de punten voor elk van beide.

Ze heeft betrekking tot de geïntegreerde kennis voor de beroepen waarvoor een geïntegreerd opleidingsprogramma erkend wordt.

§ 2. De evaluatie omvat twee luiken die elk 50 pct. van het totaal van de punten tellen : een dagelijkse evaluatie en een schriftelijk examen dat in de uurrooster-kalender vastgesteld moet zijn.

§ 3. Om bij de evaluatie te voldoen moet de kandidaat de helft van de punten behalen

1° in de algemene kennis en in de theoretische beroepskennis of in de geïntegreerde kennis;

2° in de vakken « Duits » en « wiskunde »;

3° in de beide door het Instituut bepaalde hoofdvakken in de vakkennis;

4° in alle andere vakken bepaald in het leerprogramma, met uitzondering van ten hoogste twee vakken.

§ 4. Op met redenen omkleed advies van het Instituut kan de Minister, voor bepaalde beroepen, de minimale vereisten in bepaalde vakken wijzigen of een minimaal aantal punten vastleggen.

§ 5. Voor de examens in de vakken « Duits », « wiskunde » en in de beide door het Instituut bepaalde hoofdvakken in de beroepskennis wordt een tweede zittijd gepland. De tweede zittijd vindt ten laatste op 30 augustus plaats. Er moeten tussen beide zittijden ten minste twee weken zijn.

§ 6. De kandidaten die niet geslaagd zijn voor het examen kunnen zich inschrijven voor de examens A, B of I van de tweede zittijd in de vakken « Duits » en/of « wiskunde » en/of in de beide door het Instituut bepaalde hoofdvakken in de beroepskennis waarvoor ze het vereist minimaal aantal punten niet hebben behaald.

De kandidaten die wegens een onvoldoende dagelijkse evaluatie niet voldoen aan de minimale vereisten in de vakken « Duits » en/of « wiskunde » en/of in de beide door het Instituut bepaalde hoofdvakken in de beroepskennis, kunnen tot 30 augustus een vakantiewerk indienen.

De kandidaten die het vereist minimaal aantal punten niet hebben behaald in meer dan twee andere vakken dan « Duits », « wiskunde » en de beide door het Instituut bepaalde hoofdvakken in de beroepskennis, kunnen tot 30 augustus een vakantiewerk voor deze vakken indienen.

De raad van leraars bepaalt de inhoud voor de examens van de tweede zittijd en voor de vakantiewerken.

§ 7. Om te beantwoorden aan de gevallen van de pedagogische nieuwigheden bedoeld in artikel 6 van het bovenvermelde besluit van de Executieve van 23 december 1987 kan de Minister op advies van het Instituut van de bepalingen vermeld in §§ 1 tot 6 afwijken. »

Art. 9. Artikel 24, § 1, van het besluit wordt vervangen door de volgende tekst :

« § 1. De leraars bereiden de examens en vakantiewerken voor die betrekking hebben tot het programmagedeelte waarvoor ze verantwoordelijk zijn; deze voorbereiding kan in college of in samenwerking met andere bevoegde personen geschieden. »

De organisator van de cursussen houdt de vragenlijsten ter beschikking van het Instituut ten minste veertien dagen vóór de examens. »

Art. 10. Artikel 27, lid A, punt 3°, van het besluit wordt vervangen door de volgende tekst :

3° wanneer voorgesteld wordt de leerling te laten blijven zitten, verzoekt de leersecretaris de partijen die de overeenkomst hebben gesloten om hem vóór 15 september hun akkoord voor de verlenging van de leerovereenkomst te doen geworden; Hij wijst de leerling of zijn wettelijke vertegenwoordigers erop dat de weigering van de verlenging of het uitbliven van het antwoord de intrekking van de erkenning van de overeenkomst of de uitsluiting van het recht latere overeenkomsten af te sluiten, tot gevolg kan hebben. »

Art. 11. Artikel 27, lid B, punt 2°, van het besluit wordt vervangen door de volgende tekst :

« 2° iedere organisator van cursussen deelt de uitslagen van de evaluatie ten laatste voor 5 september aan het Instituut mede; »

Art. 12. Artikel 27, lid B, punt 4°, van het besluit wordt vervangen door de volgende tekst :

« 4° wanneer de leerlingen bij één van de organisatoren van cursussen hebben voldaan en de raad van leraars van de andere organisator van cursussen hen niet tot de hogere klas heeft toegelaten of wanneer de leerlingen bij beide organisatoren van cursussen niet hebben voldaan en de beslissingen en voorstellen van de twee raden van leraars verschillen, worden de dossiers onderzocht door een beperkte commissie die samengesteld is uit de directeur van het Instituut en de leersecretaris of hun vertegenwoordigers, alsook uit een pedagogisch adviseur van het Instituut. De Commissie stelt voor de leerling te laten blijven zitten of de erkenning van de leerovereenkomst in te trekken, waarbij het recht latere overeenkomsten af te sluiten desgevallend uitgesloten wordt; de intrekking kan eventueel beperkt blijven tot het beroep dat het voorwerp van de overeenkomst uitmaakt. De Commissie kan elke maatregel voorstellen die de leerling bij zijn opleiding vorderingen kan helpen maken. Ze vergadert uiterlijk op 10 september. »

Art. 13. Artikel 27, lid B, punt 5°, van het besluit wordt vervangen door de volgende tekst :

« 5° wanneer voorgesteld wordt de leerling te laten blijven zitten, verzoekt de leersecretaris de partijen die de overeenkomst hebben gesloten om hem vóór 15 september hun akkoord voor de verlenging van de leerovereenkomst te doen geworden; hij wijst de leerling of zijn wettelijke vertegenwoordiger erop dat de weigering van de verlenging of het uitblijven van het antwoord de intrekking van de erkenning van de overeenkomst of de uitsluiting van het recht latere overeenkomsten af te sluiten tot gevolg kan hebben. »

Art. 14. Dit besluit heeft uitwerking op 1 september 2004.

Art. 15. De Minister bevoegd inzake opleiding en voortgezette opleiding in de Middenstand is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 4 november 2004.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen
K.-H. LAMBERTZ

De Vice-Minister-President,
Minister van Vorming en Werkgelegenheid, Sociale Aangelegenheden en Toerisme
B. GENTGES

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

MINISTÈRE DE LA REGION WALLONNE

F. 2005 — 88

[2005/200012]

23 DECEMBRE 2004. — Arrêté du Gouvernement wallon portant exécution du décret du 11 mars 2004 relatif à l'agrément et au subventionnement des missions régionales pour l'emploi

Le Gouvernement wallon,

Vu le décret du 11 mars 2004 relatif à l'agrément et au subventionnement des missions régionales pour l'emploi, notamment les articles 2, 4 à 6, 10, 13, 15 et 16;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 14 mai 1998 relatif aux missions régionales pour l'emploi;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 4 mai 2004;

Vu l'accord du Ministre du Budget, donné le 6 mai 2004;

Vu l'avis du Conseil économique et social de la Région wallonne, donné le 24 mai 2004;

Vu l'avis n° 37.689/2 du Conseil d'Etat, donné le 20 octobre 2004, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat;

Sur la proposition du Ministre de l'Emploi;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE I^{er}. — *Définitions*

Article 1^{er}. Pour l'application du présent arrêté, on entend par :

1^o le décret : le décret du 11 mars 2004 relatif à l'agrément et au subventionnement des missions régionales pour l'emploi;

2^o le bénéficiaire : la personne visée à l'article 3 du décret;

3^o la Commission : la Commission consultative d'agrément des Mire visée à l'article 7 du décret et localisée au sein de l'Administration;

4^o le dispositif : le dispositif intégré d'insertion socioprofessionnelle institué par le décret du 1^{er} avril 2004 relatif au dispositif intégré d'insertion socioprofessionnelle;

5^o l'administration : la Division de l'Emploi et de la Formation professionnelle de la Direction générale de l'Economie et de l'Emploi du Ministère de la Région wallonne;

6^o le FOREm : l'Office wallon de la Formation professionnelle et de l'Emploi, en son entité « Régisseur-ensemblier »;

7^o le Ministre : le Ministre de l'Emploi;

8^o la Mire : la mission régionale pour l'emploi, telle que définie à l'article 1^{er} du décret.